



2007/04 Ausland

<https://shop.jungle.world/artikel/2007/04/bis-zur-naechsten-krise>

Bis zur nächsten Krise

Von **daniela honigmann**

Es hat sieben Monate gedauert, nun hat Tschechien wieder eine Regierung. Die Mitte-Rechts-Koalition verfügt jedoch über eine sehr knappe Mehrheit. von daniela honigmann

Als dem tschechischen Premierminister Mirek Topolanek bereits das politische Ende drohte, konnte er sich schließlich doch an der Regierung halten. Am Freitag hat ihm eine knappe Mehrheit im Abgeordnetenhaus das Vertrauen ausgesprochen und damit, mehr als sieben Monate nach der Parlamentswahl, die Regierungsbildung beendet.

Es war bereits Topolaneks zweiter Versuch, die Pattsituation zu überwinden. Noch im Oktober hatten die Abgeordneten der Sozialdemokraten und der Kommunisten den Rechten von Topolaneks Partei, der konservativen ODS, den Christdemokraten sowie den Grünen ihre Unterstützung verweigert. Am Dienstag der vergangenen Woche kündigten zwei sozialdemokratische Mitglieder an, den Saal bei der Abstimmung zu verlassen und so der neuen Regierung den Weg zu ebnen. Topolanek setzte sich letztlich mit knapper Mehrheit durch.

Nun scheinen die Kämpfe der letzten Monate beigelegt. Besonders geschadet hat das ganze Debakel der politischen Elite nicht. Der Chef der Sozialdemokraten, Jiri Paroubek, hatte sich bis zuletzt hartnäckig als möglicher neuer Premierminister im Spiel gehalten und in den langwierigen Koalitionsverhandlungen kaum nachgegeben. Aber gerade als Oppositionsführer kann er nun weiter die Regierung als »volksfeindlich« bezeichnen.

Topolanek hatte mit Opponenten in der eigenen Fraktion und personalpolitischen Querelen im gerade neu gebildeten Kabinett zu kämpfen. Damit ist der Premierminister schwach, aber standhaft und wird jetzt wohl länger im Amt bleiben als gedacht. Denn hätte die Hauptaufgabe seiner ersten, gescheiterten Regierung noch die Vorbereitung vorgezogener Neuwahlen sein sollen, sieht er diese Option nun nur noch für den Fall eines Scheiterns seiner Reformpolitik vor.

Das sieht Präsident Vaclav Klaus anders. Topolanek war nie sein Wunschkandidat. Klaus hat wie kein anderer seiner Vorgänger versucht, Einfluss zu nehmen und über dem Kleinkrieg zwischen den Kontrahenten Topolanek und Paroubek als besonnener Dritter zu

stehen. Seiner vermittelnden Rolle wurde in der Zeit vor Unterzeichnung des Koalitionsvertrags am 28. Dezember, als wöchentlich über neue Varianten diskutiert wurde, eine größere Bedeutung zugemessen. Was dazu führte, dass er sich nach Vertragsabschluss seiner Pflicht, das Kabinett zu vereidigen, zwei Wochen lang entzog. Ihm gefallen einige Gesichter in der Regierung nicht, namentlich der von den Grünen beauftragte Außenminister Karl Schwarzenberg. Bevor Klaus letztlich widerwillig die Ernennungsurkunden überreichte, bedauerte er noch, dass es in Tschechien kein präsidentiales System gebe und der Präsident die Regierung nicht »diktieren« dürfe.

Mit seiner Einflussnahme hat Klaus neue Standards für das Präsidentenamt gesetzt, auf die er selbst mit Sicherheit wieder in einer von ihm erhofften zweiten Amtszeit, zu der ihm die ODS im kommenden Jahr verhelfen soll, zurückgreifen will.

Eine Linke, die sich an dieser Entwicklung stören würde, tritt nicht in Erscheinung. Keine der hiesigen Initiativen hat die skurrile Situation zur grundsätzlichen Kritik am etablierten politischen System genutzt. Auch an einer gewissen Erstarkung der parlamentarischen Rechten scheint sich niemand zu stören, beispielsweise gab es keinerlei Stellungnahmen zur Ernennung Jiri Cunek's zum Minister für Regionalentwicklung. Dafür hat er sich wohl als Bürgermeister des mährischen Vsetin qualifiziert, als er im vergangenen Jahr zahlreiche Roma-Familien wegen Mietrückständen aus ihren Wohnungen vertrieb und sie in Containersiedlungen am Stadtrand einquartierte.